Nach Eskalation an Palästina-Demo

«Wir wollen die Innenstadt nicht abriegeln»: Gewaltexzesse in Berns Strassen sorgen im Stadtrat für eine intensive Debatte

Wenige Tage nach den Ausschreitungen stellen Politikerinnen und Politiker der Stadt Bern Forderungen. Diese reichen von Konsequenzen für die Demonstrierenden bis zu einem Demoverbot.

Regina Schneeberger · Beat Mathys Fotos
Publiziert: 16.10.2025, 20:28

93

«Debatten sollen auf der Strasse stattfinden können – aber auf friedliche Art», sagt Sicherheitsdirektor Alec von Graffenried (GFL).
Foto: Beat Mathys

Jetzt abonnieren und von der Vorleserfunktion profitieren.
Abo abschliessen
Login
BorTak

In Kürze:

- Die Stadtratsfraktionen diskutierten intensiv über die Gewalteskalation bei der Palästina-Demonstration.
- Die Alternative Linke kritisierte den Polizeieinsatz, während die SVP ein Demoverbot forderte.
- Die vermummten Täter erschweren der Justiz die Beweisführung bei den Ermittlungen.

Der Redebedarf an diesem Donnerstagabend im Berner Stadtrat ist offensichtlich gross. Mehrere Fraktionen, von links bis rechts, beantragten eine aktuelle Debatte. Eine solche ist selten, gab es jüngst etwa im Mai 2024 nach schweren Krawallen auf der Schützenmatte oder im Januar 2020 zu den Stadtfinanzen. Und nun im Anschluss an die Gewaltexzesse vom vergangenen Samstag.

Die Ausschreitungen an der unbewilligten Palästina-Demo in Bern sorgten landesweit für Aufsehen. Die Spuren der Verwüstung sind auch Tage danach noch sichtbar. Der Schaden beläuft sich wohl auf einen Millionenbetrag. Achtzehn Polizisten und auch mehrere Demonstrierende erlitten Verletzungen. 536 Personen wurden in der Folge festgenommen.

Die Rednerinnen der verschiedenen Parteien distanzieren sich von den Gewalt ausübenden Demonstrierenden. Trotz Einigkeit in diesem Punkt sind die Ansichten zur Palästina-Demo anderweitig auch grundverschieden.

Wo die Meinungen auseinandergehen

David Böhner von der Alternativen Linken sagt: «Man macht es sich zu einfach, wenn man nun empört ist über die Chaoten an der Demo.» Er sei selbst auf dem Bahnhofplatz gewesen, sei erfreut gewesen, dass so viele Menschen gekommen seien. Dann aber habe es schlimm geendet – es sei «eine wahrscheinlich unerfahrene, überforderte und verantwortungslose Demoleitung auf eine ebenso verantwortungslose Polizeileitung gestossen». Böhner bemängelt, dass der Demozug in der Amthausgasse gestoppt wurde, «bevor es eskalierte», wie er sagt.

Eine verantwortungslose Demoleitung sei auf eine ebenso verantwortungslose Polizeileitung gestossen, sagt Stadtrat David Böhner (AL).
Foto: Beat Mathys

Auch weitere Rednerinnen, etwa Lea Bill vom Grünen Bündnis, stellen die Verhältnismässigkeit des Polizeieinsatzes zur Diskussion, hinterfragen den Einsatz von Gummischrot und Wasserwerfern.

Anders klingt es bei der SP. Dominik Fitze begrüsst die Deeskalationsstrategie des Gemeinderats. «Nach heutigem Wissensstand hat er korrekt gehandelt.» Fitze betont aber auch, dass eine Mehrheit der Demonstrierenden friedlich auf die Strasse gegangen sei.

Derweil fordert Beatrice Wertli (Mitte) klare Konsequenzen für die Demonstrierenden. «Die Schäden müssen von jenen getragen werden, die sie verursacht haben.»

SVP verlangt ein Demoverbot

Einen scharfen Ton gegenüber den Demonstrierenden schlägt Thomas Glauser im Namen der SVP an. Manche hätten einen Hammer oder ein Messer auf sich getragen, wie die Polizeikontrollen gezeigt hätten. «Das hat nichts mehr mit einer Demo für Frieden, sondern mit organisierter Gewalttätigkeit zu tun.»

Die Forderung der SVP hat es in sich: ein Demoverbot in der Innenstadt – bei den Geschäften und auf dem Bundesplatz, wie Glauser sagt. Demos könnten künftig noch bei der Reithalle stattfinden.

Ab sofort solle es in der Innenstadt keine Demonstrationen mehr geben, fordert SVP-Stadtrat Thomas Glauser.
Foto: Beat Mathys

Das stösst bei Sicherheitsdirektor Alec von Graffenried (GFL) nicht auf Gehör. «Wir wollen die Innenstadt nicht abriegeln», sagt er. Wenn man eine Demo unterdrücke, verliere man an Freiheit für alle. Alle fünf Meter müssten die Leute kontrolliert werden, die Bewegungsfreiheit werde eingeschränkt. «Damit ist den Geschäften auch nicht geholfen.»

Von Graffenried verteidigt das Vorgehen der Sicherheitskräfte. Wenn der Rechtsstaat auf diese Weise angegriffen werde, sei die Polizei gezwungen, zur Verteidigung Gewalt anzuwenden.

«Diese Gewalt ist mit nichts zu rechtfertigen», sagt Stadtpräsidentin Marieke Kruit (SP).
Foto: Beat Mathys

Auch Stadtpräsidentin Marieke Kruit (SP) betont, dass die Polizei angemessen vorgegangen sei. Sie ruft nun zu konstruktiven Lösungen auf. Gegenseitige Anschuldigungen würden zu nichts führen. «Den zunehmenden Antisemitismus in unserer Gesellschaft dürfen wir nicht tolerieren.» Nun brauche es Zeit für die Aufarbeitung, auch die juristische.

Die schwierigen Ermittlungen

Die Justiz wird sich in nächster Zeit intensiv mit der Gewalteskalation beschäftigen. Wer die Demonstration organisiert hat, ist unklar. Die meisten der vermummten Chaoten dürften aus dem linksextremen Lager stammen. Eine genauere Identifikation ermöglichten die Festnahmen: Wie Angaben der Polizei zeigen, handelte es sich bei 80 Prozent der Festgenommenen um Personen aus anderen Kantonen, die meisten sind zwischen 20 und 29 Jahre alt, die Hälfte sind Frauen. Noch stehen die Ermittlungen am Anfang. Bei schwerwiegenden Delikten wie Gewalt gegen Behörden und Beamte müssen die Delikte einzelnen Personen nachgewiesen werden. Da die Randalierer vermummt waren, dürfte das kein Leichtes sein.